

Bezugbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-203
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszelt 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Reichstag gegen völkische Verleumder.

Löbes Abrechnung mit Fritsch und Henning.

Der Reichstag vollzog zu Beginn seiner Sonnabend Sitzung an der deutschjüdischen Fraktion eine geradezu vernichtende moralische Hinrichtung. Im Geschäftsordnungsaußschuß war ein Antrag der Nationalsozialisten angenommen worden, der verlangt, daß die Privatklageverfahren der Bankiers Dr. Karl Reichler und Max Warburg in Hamburg gegen das deutschjüdische Reichstagsmitglied Fritsch für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben wird.

Löbe

beantragte als Beirichtersteller, dem Antrag des Geschäftsordnungsaußschusses zu entsprechen. Als Abgeordneter sprach aber dann Löbe unter wachsender Bewegung des ganzen Hauses seine Verwunderung darüber aus, daß die Fraktion, der Herr Fritsch angehört, einen Antrag stelle, der verhindern solle, daß der Beweis für die Behauptungen von Fritsch angetreten werde. Der Tatbestand ist folgender: Fritsch hatte in den Jahren 1922 und 1923 die schwersten Beleidigungen über Warburg und Reichler ausgesprochen, ihnen Landesverrat, schwere Ehrlosigkeit, Schleichungen in das Ausland, Schwächung Deutschlands durch absichtliche finanzielle Schädigungen vor dem Kriege, Verlängerung des Krieges durch Behinderung eines Friedens mit Rußland und ähnliche Verbrechen auch nach dem Kriege vorgeworfen. Als Warburg und Reichler klagten, hat Fritsch seine Behauptungen am 7. Februar 1923 unter dem Ausdruck tiefsten Bedauerns zurückgenommen. Schon am 15. Mai 1923 hat er aber seine Behauptungen wiederholt. Auf die neue Klage wurde der erste Termin auf den 24. September 1923 festgesetzt. Fritsch erschien nicht. Der nächste Termin am 28. Januar 1924 mußte ausfallen, weil durch die Verordnung der Reichsregierung vom 9. Januar alle diese Prozesse bis April 1924 stillstehen waren. Als dann zum 27. Mai d. J. der dritte Termin festgesetzt war, fand sich Fritsch wieder nicht ein. Der Prozeß wurde auf den 1. Juli vertagt. Nun versteckt sich Fritsch, der inzwischen in den Reichstag gewählt ist, hinter seine Immunität. Soeben schloß, man müßte doch annehmen, daß sie, die Deutschjüdischen, keinen feineren Wunsch haben, als die Warburg und Reichler zu entlarven, jetzt aber brücken sie sich in das Gegenteil von Tapferkeit und das Gegenteil von Wahrheit. (Stürmischer Beifall links und in der Mitte.)

Der deutschjüdische Abgeordnete Henning findet das Verhalten seiner Fraktion und ihres Fritsch ganz richtig. Er erzählt lange Geschichten, wie ihn ein jüdischer Richter behandelt habe, als er das Hakenkreuz vor Gericht trug, und erklärt, daß seine Partei

sein Vertrauen zu den international versuchten Richtern

habe. (Stürmische Heiterkeit im ganzen Hause, mit Ausnahme der Nationalsozialisten.)

Loebe antwortet Henning, es komme doch hier nicht in Betracht, die Juden zu schämen, sondern im Gegenteil wolle man den Nationalsozialisten die Gelegenheit geben, ihre Beweise vor Gericht zu führen. In den Prozessen Heffnerich gegen Erzberger habe man sich nicht hinter der Meinung verdeckt, daß Amtsgerichte für solche hochpolitischen Fragen nicht zuständig seien. Die Anweisung der Objektivität der deutschen Gerichte durch Nationalsozialisten sei nicht ernst zu nehmen.

Erst kürzlich habe ein deutsches Gericht einen Angeklagten wegen Beleidigung Ludendorffs zu 150 000 M. Strafe verurteilt, während die Gerichte Beleidigungen des Reichspräsidenten gemächlich mit 50 M. zu ahnden pflegten.

Es bleibe bestehen, daß Fritsch seine Behauptungen früher mit Bedauern zurückgenommen habe und sie dann später wiederholt habe. Loebe fordert die Nationalsozialisten auf, doch die Juden nicht zu schämen, sondern der gerichtlichen Untersuchung freien Lauf zu lassen, damit Juda endlich entlarvt werde. (Stürmische Heiterkeit und lebhafter Zustimmung.)

Der Demokrat Haas fragt den Völkischen Henning, ob er es für anständig halte, eine Behauptung zurückzunehmen und dann zu wiederholen.

Henning drückt sich an der Antwort vorbei und zeigt durch antisemitische Flegelien, daß Abgeordneter Haas ihn viel zu hoch eingeschätzt hat.

Von diesem Henning und seiner Fraktion gilt nach ihrem heutigen Verhalten das variierte Wort: Nicht treu, nicht ritterlich, nicht bieder, nur undurchsichtig dumm.

Abgeordneter Brodauf beantragt die Zurückweisung des Antrages an den Ausschuß.

Löbe (Soz.) stellt fest, daß nach den Akten Fritsch in zehn Monaten keinerlei Beweisanspruch gestellt habe. Das Mißtrauen gegen jüdische Richter scheint sich bei den Nationalisten aber nicht auf jüdische Rechtsanwältinnen zu erstrecken,

denn Wilhelm II. und auch Völkische pflegten zu ihren Prozessen jüdische Rechtsanwältinnen zu nehmen.

Nachdem der Kommunist Koenen gegen den Antrag Brodauf auf Zurückweisung an den Ausschuß gesprochen hatte und nachdem im Rahmen mehrerer persönlicher Bemerkungen Präsident Walkraf seinem Fraktionskollegen, dem Abgeordneten Roth, unbegründeterweise Gelegenheit zu einer mehr als zehn Minuten langen sachlichen Rede gegeben hatte, die zahlreiche Beschimpfungen des Staatsgerichtshofes und des gemeinlichen Rathenau enthielt, wurde im Hammelsprung abgestimmt.

128 Abgeordnete stimmten für den Antrag, Brodauf, 124 dagegen. Der Geschäftsordnungsaußschuß wird sich also erneut mit der Frage der Aufhebung der Immunität beschäftigen müssen. Gegen den Antrag Brodauf stimmten Deutschnationalen, Deutschjüdische und Kommunisten. Wie eng die Geistesverwandtschaft zwischen manchen Kommunisten und den antisemitischen Völkischen ist, beweist

ein Juruf des kommunistischen Abgeordneten Stetter an den demokratischen Abgeordneten Brodauf, den er irrtümlich für einen Juden hielt: „Wenn man Sie sieht, könnte man allerdings antisemitisch werden.“

Auf Vorschlag des Ausschusses wird hierauf ohne Debatte die Einstellung des Verfahrens gegen die kommunistischen Abgeordneten Buchmann, Florin und Schlegel beschlossen.

Die vom Oberreichsanwalt nachgesuchte Genehmigung zur Zeugenvernehmung des Abgeordneten Rödel (Komm.) wird verweigert.

Die Not der Ausgewiesenen.

Dann kamen zur gemeinsamen Beratung Interpellationen und Anträge der Demokraten, des Zentrums und der Sozialdemokraten, die sich mit der Notlage der Ausgewiesenen und der in den besetzten Gebieten Verbliebenen beschäftigen.

Abg. Korfel (Dem.) begründet eine Interpellation seiner Freunde, in der darüber Klage geführt wird, daß die Beihilfen für Ausgewiesene unzureichend und ungerecht abgestuft sind, daß die Entschädigungen für requirierbare Güter zu langsam gezahlt werden, daß ausgewiesene Beamte abgebaut sind und daß dem Land Heften keine Entschädigung für die zahlreichen beschlagnahmten bifenilichen Gebäude gewährt worden ist. Der Redner erinnert daran, daß heute vor fünf Jahren das Versailler Friedensdiktat unterzeichnet werden mußte, dessen Folgen gerade für das besetzte Gebiet so unheilvoll waren.

Wenn jetzt ein großer Teil der Ausgewiesenen zurückkehrt, dann müsse den Rückkehrern der Weg möglichst geebnet werden. Der Politik des neuen französischen Ministerpräsidenten Herriot sollte man nicht mit Bedenken gegenüberstehen, aber auch nicht mit übertriebenen Hoffnungen. Es zeuge nicht von neuem Geist, wenn heute noch Bewohner einer besetzten Stadt bestraft werden, weil sie am Fronleichnamstage ihr Haus mit den Farben der deutschen Republik flaggten. Der Redner dankt unter lebhaftem Beifall den Bewohnern des besetzten Gebiets für die dem Reiche bewiesene Treue.

(Schluß in der Morgenausgabe.)

Die Wahlen im Wahlkreis Oppeln ungültig!

Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag hat in seiner heutigen ersten Sitzung die Reichstagswahl im Wahlkreis Oppeln (Obererschlesien) laßiert. Die Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes hat einen Wahlprotest gegen den Kreiswahlleiter und den Kreiswahlausschuß in Oppeln eingereicht, weil diese zu Unrecht dem Kreiswahlvorschlag der Wirtschaftspartei zurückgewiesen hätten. Nach dem Wahlgesetz müssen die Wahlvorschläge von 500 Wählern unterzeichnet sein. Davon kann aber abgesehen werden, wenn glaubhaft gemacht wird, daß mindestens 500 Wähler den Wahlvorschlag unterstützen oder wenn in einem anderen Wahlkreis ein Vorschlag der gleichen Partei 500 Unterschriften gefunden hat oder aber wenn der Vorschlag einem Reichswahlvorschlag angeschlossen ist, für den die nötige Unterstützung vorliegt. Der Wahlvorschlag der Wirtschaftspartei sei nur eingereicht worden mit dem Hinweis darauf, daß er im Reichswahlvorschlag der Partei oder des Bayerischen Bauernbundes angeschlossen werde. Der Kreiswahlleiter und der Kreiswahlausschuß in Oppeln hätten diese Unterstützung für ungenügend erklärt, das Wahlprüfungsgericht schloß sich jedoch den Beschwerdeführern an und erkannte demzufolge auf Ungültigkeitserklärung der gesamten Reichstagswahlen für den Wahlkreis Oppeln. Damit kommen in Fortfall zwei Mandate der SPD., drei Mandate der Zentrumspartei und ein Mandat der Deutschnationalen. Eine unmittelbare Rückwirkung auf die Wahlen in den Bezirken Breslau und Biognig hat dieser Beschluß zunächst nicht. Erst wenn das Resultat der Nachwahl vorliegt, und der Reichswahlausschuß die Reststimmen zu verteilen haben wird, wird sich ergeben, ob eine Veränderung in den Verbandstagen und Reichswahltagen der einzelnen Parteien erfolgen muß.

Das Wahlprüfungsgericht beschloß ferner, die Bornahme einer Wiederholungswahl in der Gemeinde Dittmannsdorf in der Amtshauptmannschaft Reichen in Sachsen. Dort hat der Wahlvorsteher ein Wahlplakat der Deutschnationalen Volkspartei, angeblich als Schreihunterlage mit Reichswahnen auf den Tisch gestellt, auf dem in der Isolierzelle die Wähler den Stimmzettel anzukreuzen hatten. Darin wurde eine glückliche amtliche Amtsbekanntmachung gesehen und deshalb für die betreffende Gemeinde die Wiederholungswahl angeordnet.

Die Gegensätze bei den Deutschnationalen.

Hannover, 28. Juni. (Tl.) Ein Berliner Telegramm der „Niederdeutschen Zeitung“ bezeichnet den gestrigen Besuch Hertgs und seiner Begleiter beim Reichskanzler im wesentlichen als zu spät. Marx und Gossjen hätten entgegen einer Auskunft der Reichskanzlei an Hertg bereits endgültig über den Inhalt der auswertigen Note entschieden, die sie auf die Kontrollnote der Entente hin an diese zu richten gedenken. Es sei nicht zu leugnen, daß die Ansichten über die Zweckmäßigkeit des Schrittes der Fraktionsleitung bei

innerhalb der Fraktion selbst geleist seien und zwar ebenso wie über die weiter zu befolgende Politik überhaupt.

Sächlichen Widerspruch soll insbesondere die Auffassung Hoepfchs über die dem Dawes-Gutachten gegenüber gegebene Einstellung bezogen, ebenso sein Optimismus hinsichtlich der Absichten unserer Gegner und der aus der Annahme des Gutachtens

für das Reich zu erwartenden Folgen. Es herrsche große Empörung darüber, daß der Gegner fortgesetzt Äußerungen des Abgeordneten Hoepfch, als des seit den Wahlen anerkannten Sachverständigen der Partei im Kampf gegen die bisherige offizielle Stellungnahme der Deutschnationalen verwenden kann. Auch werde

schärfere Vorgehen gegen die Regierung Marx

gefordert, der Schonzeit zu gewähren als vollkommen unzulänglich bezeichnet wird. Die gesamte Kreditnot des Reichs ruhe auf künstlicher Abbrödelung des Kredits zu dem Zweck, nach Annahme des Libkumens ihn wieder zu entbröckeln und so zunächst den Anschein eines Erfolges vorzutäuschen zu können. Ähnliches Blendwerk liege der Preispolitik der Reichsbahnen zugrunde. Unsere Tarife seien nicht zu billig, sondern viel zu hoch! In allen diesen Fragen bestehen zum Teil recht scharfe Gegensätze.

Die Antwort auf die Kontrollnote.

Die Antwort der Reichsregierung auf die Militärkontrollnote wird heute, Sonnabend abend, nach Paris übermittelt und Montag nachmittag in Berlin veröffentlicht werden. Vorher wird über den Inhalt nichts veröffentlicht.

Gesetzentwürfe zur Ausführung des Sachverständigen-gutachtens werden noch in den Organisationsausschüssen beraten und ausgearbeitet. An informierter Stelle glaubt man nicht, daß diese Gesetzentwürfe noch vor dem 16. Juli dem Reichstag vorgelegt werden können.

Zur Aufhebung der Ausweisungen.

Die Verfügung des Generals Degoutte ist gestern der Regierung in Düsseldorf zugestellt worden. Die Verfügung gilt entsprechend der Anordnung der Rheinlandkommission für das anbesetzte Gebiet dahin, daß auch im Ruhrgebiet die nach dem 1. Januar 1923 verfügten Ausweisungen zurückgenommen werden. Ausdrücklich ausgenommen sind etwa 70 Personen, darunter der Regierungspräsident von Düsseldorf, unser Genosse Gröhner, der Landrat Scheele von Essen, der seinerzeit in Abwesenheit zu mehrjährigem Gefängnis verurteilt wurde, weil er durch Briefe an die Befehlsgewaltigen Befehlstruppen beleidigt haben soll, ferner die Polizeichefs von Düsseldorf und Essen und eine Anzahl Eisenbahner und Strafanstaltsdirektoren. Die Rückgängigmachung der Ausweisung der Beamten und Schupolizisten bedeutet noch nicht ihre Wiederzulassung zum Amt. Dafür sind besondere Anträge erforderlich. Unter denen, die zurückkehren können, sind auch die meisten Beamten der Regierung in Düsseldorf.

Eine den französischen Anordnungen entsprechende Mitteilung des belgischen Kommandanten steht noch aus, doch aber erwartet werden. Die Aufhebung der Ausweisungen würde natürlich um einen Teil ihres Wertes gebracht werden, wenn die Zurückkehrenden Beamten ihre Wohnungen nicht wieder beziehen könnten.

Die sozialpolitische Reaktion.

Um die internationale Garantie des Achtstundentages.

Während der Inflationsperiode haben die deutschen Unternehmer eine Politik der Schmutzkonkurrenz auf dem Weltmarkt getrieben. Diese Schmutzkonkurrenz ging auf Kosten der deutschen Arbeiter. Die Unternehmer nutzten das Zurückbleiben der deutschen Löhne hinter den Weltlöhnen, sowie die zeitliche Spanne zwischen Preissteigerung und Lohn-erhöhung aus. Diese Schmutzkonkurrenz war keine nationale Tat. Sie diente nicht der Aufbringung der für die Befreiung Deutschlands notwendigen Mittel. Die Erträge dieser Schmutzkonkurrenz kamen auch in allergeringsten Bruchteilen dem Staat nicht zugute. Die Methode des Unterbietens, das Dumping, brachte die deutsche Wirtschaft nicht in die Höhe, sondern führte zu ihrer organisatorischen Verlotterung und zur Senkung der Arbeitsintensität. Die physische Entkräftung der deutschen Arbeiter war ihre direkte Folge. Diese Methode ging an sich selbst zugrunde, als die Inflation ihren Gipfelpunkt erreicht hatte.

Als das Ende herannahte, wurde der Schrei nach der Verlängerung der Arbeitszeit lauter und lauter. Das Geldentwertungsdumping sollte abgelöst werden durch soziales Dumping. Die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands, und darüber hinaus die Vormachtstellung der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt sollte durch erneute Ausbeutung, durch die Aufhebung des Achtstundentages erreicht werden — nicht durch organisatorische Umgestaltung und durch die Ausmerzung des Geistes der Konjunkturpekulation. Da die Arbeiterklasse in der Inflationsperiode nicht nur physisch, sondern auch moralisch geschwächt war, war hier der Punkt des geringsten Widerstandes. Die Durchbrechung des Achtstundentages gelang. Sie wurde von den Führern der sozialpolitischen Reak-

tion begründet mit der Notwendigkeit, die Mittel für die Reparationsleistungen aufzubringen.

Unter dem Druck der politischen Zwangslage hat sich die Erfüllungspolitik in Deutschland durchgesetzt. Aber sie ist nicht erfüllt vom Geiste der sozialen Gerechtigkeit. Die deutsche Arbeiterschaft ist nicht blind gegenüber den wirtschaftlichen Problemen. Sie unterscheidet sehr genau zwischen dem, was der äußeren Zwangslage entspringt, und dem, was aus inneren sozialreaktionären Geist, auf innere Faulheit und Korruptur der Wirtschaftsführung zurückgeht. Sie sieht recht gut, daß die Notwendigkeit der Reparationsleistung nicht in zwingendem Zusammenhang mit der Frage der Arbeitszeit steht. Sie weiß, daß das Dogma, daß Arbeitszeitverlängerung gleich Produktionsvermehrung sei, zum mindesten sehr veraltet ist. Sie sieht darum im Kampf gegen den Achtstundentag das Streben, die Lasten der Reparationen mit voller Schwere auf ihre Schultern zu wälzen.

Darunter aber würde nicht nur sie selbst, sondern die Arbeiterschaft aller Industrieländer zu leiden haben, und die Rückwirkung eines sozialen Dumping würde sich nicht nur in der Struktur der deutschen Industrie, sondern auch in der Struktur der Industrie der anderen Länder geltend machen. Die Frage der Arbeitszeitregelung ist darum ein internationales Problem ersten Ranges, das internationaler Regelung bedarf. Diesem Zwecke dienen die einschlägigen Paragrafen des Vertrages von Versailles sowie das Washingtoner Abkommen, dessen Ratifizierung durch Deutschland bisher immer noch nicht erfolgt ist. Diese Ansätze zu einer internationalen Regelung stellen einen Schutz deutscher Interessen dar: den Schutz der Arbeitskraft und der Gesundheit der deutschen Arbeiter gegen übermäßige Ausbeutung, eine Grenze gegen restlose Abwälzung der Reparationslasten auf die arbeitenden Massen.

Es charakterisiert den Geist, mit dem das deutsche Bürgertum an die Erfüllung der Reparationsleistungen herangeht, daß es diese Ansprüche des internationalen sozialpolitischen Schutzes der Arbeiterschaft beiseite zu schieben versucht. Auf der Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf hat die deutsche Regierung eine Erklärung abgegeben lassen, die sich gegen die internationalen Garantien in der Arbeitszeitfrage wendet und mit aller Schärfe betont, daß die Frage der Arbeitszeit eine Frage der deutschen Souveränität sei.

Die Unantastbarkeit des deutschen Privateigentums ist durch den Vertrag von Versailles gewährleistet. Das deutsche Bürgertum klammert sich an diesen vertragsmäßigen Schutz seiner Interessen. Den vertragsmäßigen Schutz der Interessen der deutschen Arbeiterschaft möchte es zerreißen!

Auf der Internationalen Arbeitskonferenz zeigen sich zum ersten Male die internationalen Rückwirkungen der sozialen Reaktion in Deutschland. Die Vertreter der anderen Industrieländer streben nach einer Erklärung über den Achtstundentag — um des wirtschaftlichen Schutzes ihrer Länder und des sozialpolitischen Schutzes ihrer Arbeiter willen. Die deutsche Regierung aber instruiert ihre Vertreter in Genf, einen solchen Versuch als Einmischung in die deutsche Souveränität zurückzuweisen. Eine solche Erklärung ist eine doppelte Kriegserklärung: Sie kündigt den wildesten wirtschaftlichen Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt an, wobei sich Deutschland das Mittel des sozialen Dumping vorbehält, sie erklärt gleichzeitig in der Frage des Achtstundentages der deutschen Arbeiterschaft den Krieg. In der Erklärung des Arbeitsministeriums zu den Genfer Verhandlungen heißt es:

„Das deutsche Volk hat im übrigen nicht nur formell, wie Direktor Thomas sagt, sondern voll und ganz materielle Rechte, die Regelung der Arbeitszeit als eine Ange-

legenheit der deutschen Souveränität zu betrachten. Es wird sich dagegen, daß etwa unter Verletzung der deutschen Souveränität ihm internationale Bindungen in Form von Garantien in dieser Beziehung auferlegt werden, ebenso entschieden wehren, wie schon früher gegen die von Herrn Thomas angeregte internationale Kontrolle der deutschen Arbeitszeit.“

Hinter dieser Verschiebung der Frage auf das formalrechtliche Gebiet verbirgt sich der Wille, das Abkommen von Washington nicht zu ratifizieren. Die deutsche Arbeiterschaft muß schließlich auch Herr Dr. Brauns als Teil des deutschen Volkes ansehen. Dieser Teil des deutschen Volkes will die internationale Bindung in der Frage der Arbeitszeit durch die Ratifizierung des Abkommens von Washington. Wir sind sicher, daß, wenn das Volk über diese Frage zur Entscheidung angerufen wird, sich die mangelnde Aktivlegitimation des Reichsarbeitsministeriums zu den Instruktionen herausstellt, die dem deutschen Vertreter in Genf gegeben worden sind.

Die deutsche Sozialpolitik hat unter dem Regime von Dr. Brauns eine grundsätzliche Schwentung gemacht. Sie will bewußt zurückbleiben hinter der Sozialpolitik in anderen Ländern. Sie lehnt die Gleichmäßigkeit der Sozialpolitik in den Industrieländern ab. Sie will die Angleichung nicht in der Richtung des höchsten, sondern des geringsten Arbeitstages. Sie will die Entsefernung des wildesten sozialen Kampfes. Mit anderen Worten, sie will zurück zu dem Kurse vor dem Jahre 1890. Damals gab Wilhelm II. die Anregung zur ersten Internationalen Arbeitskonferenz in dem bekannten Erlaß vom 4. Februar 1890, in dem es heißt:

„Unter den Schwierigkeiten, welche der Ordnung der Arbeiterverhältnisse in dem von mir beabsichtigten Sinne entgegenstehen, nehmen diejenigen, welche aus der Notwendigkeit der Schonung der heimischen Industrie in ihrem Wettbewerb mit dem Auslande sich ergeben, eine hervorragende Stelle ein. Ich habe daher den Reichsminister angewiesen, bei den Regierungen der Staaten, deren Industrie mit der unsrigen den Weltmarkt beherrscht, den Zusammentritt einer Konferenz anzuregen, um die Herbeiführung gleichmäßiger internationaler Regelung der Grenzen für die Anforderungen anzustreben, welche an die Tätigkeit der Arbeiter gestellt werden dürfen.“

Heute bezeichnet die deutsche reaktionäre Presse dieses Streben nach internationalen Garantien als „dreiste Einmischung“. Die deutsche Regierung läßt Proteste, Erklärungen gegen internationale Bindung in der Frage der Arbeitszeit abgeben. Selbst die „Frankfurter Zeitung“ stößt ins Horn der sozialpolitischen Reaktion und verteidigt die Stellungnahme des Reichsarbeitsministeriums so wohl wie das Dogma, daß Reparationsleistung und soziales Dumping untrennbar verknüpft seien. Welche Verwirrung, welche Abwesenheit von sozialem Denken! Welche Unklarheit aber auch über die Grundlagen einer möglichen Erfüllungspolitik. Man kann nicht von einer Politik der Verständigung reden und gleichzeitig den sozialen und wirtschaftlichen Krieg proklamieren. Man kann in der Zukunft nicht Schutz eigener Interessen erwarten, wenn man auf die Interessen der anderen pfeift. Man kann nicht Sozialpolitik treiben und gleichzeitig zum Geiste des primitivsten Mandarinerliberalismus zurückkehren. Man kann nicht in der politischen Argumentation auf die Gebundenheit und die Zusammenhänge der Wirtschaftsinteressen der Völker verweisen und in der Praxis internationale sozialpolitische Bindungen ablehnen. Der sozialreaktionäre Kurs des Reichsarbeitsministeriums bedeutet deshalb eine Gefährdung einer kommenden Politik der Verständigung.

Das englische Unterhaus hat mit 117 gegen 30 Stimmen eine Vorlage angenommen, wodurch in Zukunft, was bisher nicht der Fall war, die unehelichen Kinder legitimiert werden können.

Ministerpräsidentenwahl in Bayern.

Geld mit 68 von 107 Stimmen gewählt.

München, 28. Juni. (W.T.B.) Der bayerische Landtag hat heute vormittag 10 Uhr zur Wahl des Ministerpräsidenten zusammen. Die Sitzung wird um 10.15 Uhr eröffnet.

Abg. Bohmuth schlägt dem Hause vor, den Abg. Dr. Held als Ministerpräsidenten zu wählen.

Abg. Buchs (Kommunist) bringt in der Geschäftsordnung erneut den Fall Grünfelder zur Sprache und setzt seine Ausführungen gegen den Widerspruch des Präsidenten Königbauer fort. Im Hause entzündet große Erregung. Der Präsident läutet ununterbrochen mit der Glocke. Da der kommunistische Redner andauernd widerspricht, wird die Sitzung unter großer Unruhe im Hause auf eine Viertelstunde unterbrochen, nachdem der Präsident dem kommunistischen Redner vergeblich das Wort entzogen hatte.

In seiner zweiten Sitzung wählte der Landtag mit 68 von 107 abgegebenen Stimmen Geheimrat Dr. Held zum Ministerpräsidenten. Für den neuen Ministerpräsidenten stimmten die Bayerische Volkspartei, die Deutschnationale und Deutsche Volkspartei, der Bauernbund und das Zentrum sowie der Abgeordnete Krafowl. Die Demokraten und Sozialdemokraten gaben weiße Zettel ab. Die Wahl verlief ohne Störung durch die Kommunisten.

Der neue Ministerpräsident wird Mittwoch vormittag 9 Uhr das neugebildete Kabinett dem Landtag vorstellen und das Regierungsprogramm entwickeln. Er begibt sich sodann zur Teilnahme an der Ministerpräsidentenbesprechung nach Berlin.

Aus der bayerischen Monarchie.

Seine Königliche Hoheit setzt die Guldigungsreise fort.

Aus Bayern wird uns geschrieben:

Wir liegt ein Rundschreiben der Würzburger Studentenschaft vom 25. Juni vor, das aus vier Punkten besteht, und dessen Punkt 3 Interesse über die Hörerschaft der Alma mater hinaus erwecken dürfte. Es heißt da:

„Anlässlich der Anwesenheit S. K. H. des Kronprinzen Rupprecht von Bayern findet in der Universitätsaula eine Begrüßung S. K. Hoheit durch die 25.000 Mitglieder der Universität statt. Die vereinigten Korporationen werden gebeten, zur Ausstattung im Vestibül der Universität die Herren Chargierten zu entsenden, die sich 9 Uhr 30 u. t. im Vestibül einfinden mögen. Ab 9 Uhr steht der Turnsaal der Universität zum Umkleen zur Verfügung. Während des Vorbeimarsches sollen sich die Chargierten rechts und links der Freitreppe auf.“

Der Einsender der Zuschrift fragt an, ob er in einer Republik oder in einer Monarchie lebe. Was Bayern anbelaugt, können wir keine Frage nicht beantworten, und wir bezweifeln, ob eine Anfrage bei der Reichsregierung ein anderes Resultat erzielen würde. Der Rektor der Berliner Universität aber, Herr Noethe, dürfte vor Reid vergehen und wegen der hohen Auszeichnung seiner Würzburger Kollegen, vor Seiner Königlichen Hoheit Inhabendeln zu dürfen.

Festung oder Zuchthaus für Hochverrat?

Gleiches Recht für alle!

Hamburg, 28. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der Hamburger Bürgerschaft brachten am Freitagabend bei Beratung des Justizrats die Kommunisten einen Antrag ein, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die vom Außerordentlichen Gericht wegen Beteiligung an den Oktober-Unruhen verhängten Gefängnis- und Zuchthausstrafen in Festungshaft umgewandelt werden. Begründend wurde auf ein Urteil des Reichsgerichts verwiesen, wonach die Beteiligung an diesem Unternehmen als Hochverrat angesehen werden müsse und daß deshalb Festungshaft angebracht sei. Der Antrag wurde schließlich in einer von den Sozialdemokraten beantragten abgeänderten Form angenommen, daß von der Umwandlung die Fälle ausgenommen sein sollen, in denen die Bestrafung wegen besonderer Rohheitsdelikte erfolgt sei.

Der Reichsparteitag der Christlich-sozialen Volksgemeinschaft findet vom 9.—11. August in Hamm in Westfalen statt.

„Wir sind erwacht!“

Am 3. September 1914, als bereits Tausende von hoffnungsvollen Männern im Krieg ihr junges Leben hatten dahingeben müssen, hielt Herr Prof. Noethe eine Rede, in der er ausführte: „Zum inneren Glück ließ uns das Getriebe, das sich „Frieden“ nannte, weder Sammlung noch Zeit. Und jetzt! Die Welt der Möglichkeiten liegt hinter uns in wesenlosigen Scheine, als ob sie nie dagewesen wäre. Wir sind erwacht. Dieser unruhige Friede ist uns wie ein Traum. Jetzt fühlen wir uns frei, jetzt fühlen wir uns genesen und wir empfinden durch allen furchtbaren Ernst das tiefe, unendliche Glück eines großen ganzen Volksglücks, wie der Mülltag es uns nie geschenkt hat. ... Wir spüren noch den dumpfen Druß, den das feste Ultimatum Österreichs über uns breitet. Und doch, schon damals bangten mutige deutsche Herzen am meisten davon, daß es wieder zu einem faulen, vermissenden Frieden kommen könne. Da endlich die Erklärung, die Kunde der Mobilisierung.“ Die Erklärung haben wir erlebt und ebenso die „schweren, aber unbeschreiblich herrlichen Tage“, von denen der Universitätsprofessor schwärmt. Jetzt ist im Münchener Verlag Muvoria ein Buch „Drahtverhau“ erschienen, in dem ein gewisser Max Kaffi seine Erlebnisse als Feldsoldat nach Tagebuchaufzeichnungen schildert. Seine Kriegserlebnisse hat er in der Etappe vollbracht. Sie sind durch Photographien belegt, ein hübsches Dokument zur Geschichte dieser herrlichen Tage und zur Geschichte des Datschlokes. Mit Besitzt und Kunstfertigkeit, langsam und ziellos, hat die Etappe Koubair die kämpfende Truppe verblüht. Das Buch ist in frischem, durchschlößtem Ton geschrieben, die persönlichen Bemerkungen des Verfassers sind zwar manchmal etwas wirr, aber meistens erstaunlich trefflicher. Geben wir ihm selbst das Wort:

„Die Offensive bei Reims im Mai 1918 war verjast. Eines unserer Tankgeschwader bekam da plötzlich Befehl zum Abdrücken mit unbekanntem Ziel. Was ein Abdrücken und Verladen bei dieser Formation bedeutet, ist daran zu ahnen, daß ein Tank ungefähr 200 Zentner Gewicht hat. Die Formation wandert nach Douai und von da nach dem nahegelegenen St. Amend. Dortselbst wimmelt es schon von allerlei Kriegsvolk, welches auch keine Ahnung hat, was werden soll. Schützengraben werden erbaut nach allen Regeln der Kriegserfahrung, Betonmauern von unheimlichen Dimensionen wachsen aus dem Boden; durch 17 Tage und Nächte hindurch schütten ungezählte Hände, bis ein Schlammengelände entstanden ist, welches fürchterliches ohren läßt. Zweifelslos werden unsere Stellung zurückgenommen, um 100 und mehr Kilometer, und der nachdrückende Feind soll in den angelegten Weisgruben und den vielen anderen Läden aufgefangen werden. Ah, nein! Alle Sorge löste sich an jenem Morgen, als aus München ein Telegramm einlief, daß Hoheit freiben abgefahren sei und an dem und dem Tage in frühesten Morgenstunden mit keinem Stabe eintreffen würde. Die Schlacht hinter der Front spielte sich denn auch programmäßig ab; die Lastwagen malzten umher und wurden von Minenwerfern beschossen. Inanterie trat zum Sturm an; am Rande eines Hügelwäldchens trug Hoheit aller Gefahr und entschloß bis zum sinkenden Nachmittag das Weisengeld zu seinen Gunsten.“

„Der Soldat, der gewöhnliche, kaiserliche, königliche 53-Pfennig-Soldat ist eine nichtsagende Null, ein nichtslegendes Etwas, welches existieren muß, damit jeder Größere die schmutzigen Hände drauflügen und das dreifache Maul dranhängen kann. Der Soldat ist die zweibeinige Spezies jener Gattung, welche dazu da ist, um ins Schlachthaus getrieben zu werden. ... In Konsequenz dessen sieht der Soldat auch in eigens für Soldaten reservierten Abteilen voran ein gewisses Etwas — Zivil genannt, und wäs die eigene Frau — einfach nicht steigen darf und der Soldat wiederum sich „wo anders rein“ nicht zu legen hat. Unkrauterguß! Soldatenzug! Gerufen zum Kampfe für die heiligsten Güter — und in Dred geschmissen auf Schritt und Tritt von dem heiligsten dieser Güter.“

„Strafe, Strafe, Strafe regnet Tag und Nacht. Drei Beispiele wegen der Bläue entnommen sein, um den Stroffolianten zu charakterisieren.“

1. Der Wehrmann E. R. 3. b. K.-J.-R. 21, zurzeit bei der Benehungsabteilung wird der Kommandantur Koubair zur Bestrafung gemeldet weil er auf der Straße gehend, eine Zeitung las, und dadurch überlah, Ehrenbezeugung zu erweisen. E wurde von Herrn Major V. angehalten und ihm das Zeitunglesen auf der Straße verboten. E befolgte dieses Verbot jedoch nicht, holte kurze Zeit danach die Zeitung wieder hervor und las auf der Straße weiter.

2. Gezeiterer G. L. vom Telephonbureau erhält drei Tage Arrest, weil er, entgegen wiederholtem Verbot, einen Zwiader strotz der vorschrittmäßigen Brille außer Dienst trug.

3. Vondhürmann Sch. wird zur Bestrafung gemeldet, weil er in einer Konditorei der Rue de la Gare nicht vorschrittmäßige Ehrenbezeugung dem eintretenden Offizier der Gräberverwaltung von ... erwies und ungehörig seinen Rücken weiteroh.“

Wie man sieht, bietet das Buch von Max Kaffi Gelegenheit, die Ideale des Herrn Professor Noethe, das Maß der Herrlichkeit, die Ueberwindung der Schwierigkeiten durch den Krieg, in der Beschaulichkeit und Ruhe der Arbeitslosigkeit zu betrachten, die uns die große Zeit beschert hat. Hans Klabausermann.

Was ist raffig?

Von Hubert Kastari.

Wir Wulleschen Liebhaberei hat der Begriff „raffig“ nichts zu tun. Er ist vielmehr ein Attribut zu einem Subjekt, das vielsach in ausgeprochenem Gegenlage zu allen Langschadeltheorien steht.

Raffig, sollte man meinen, ist etwas, das Raffé hat, also ein Lebewesen. Raffig kann zum Beispiel eine Kage, ein Vogel, ein Schmetterling sein. Besonders auf Menschen wendet man diesen Begriff an, und hier in erster Linie auf Frauen. Dabei zeigt sich ein ganz unarischer Charakter. Das gewisse undefinierbare Etwas, das man unter „raffig“ zu verstehen pflegt, ist viel eher bei einer Teibin oder einer Zigeunerin zu finden als bei einer echt deutschen Jungfrau.

Aber das Wort „raffig“ wird heute auch schon auf alle möglichen Gegenstände angewendet, die in enger oder loser Berührung mit einer raffigen Frau stehen. Raffig nennt man beispielsweise ein Damenkleid oder einen Supon oder auch ein Porzüm. Und wenn

von der raffigen Maschory die Rede ist, so meint man damit gewöhnlich nicht die große Künstlerin, die diese Bezeichnung wirklich verdient, sondern eine gleichnamige Zigarette.

So gerät das Wort „raffig“ allmählich in den eiserne Bräut, der bei uns so ungemein beliebten Schlagwörter. Schlagwörter haben bekanntlich die Eigenschaft, durch eifrigen Gebrauch bald wie eine Scheidemünze so abgegriffen zu werden, daß man sich alles und nichts darunter vorstellen kann. Was soll man sich z. B. dabei denken, wenn etwa vom „Rhythmus“ der Weisgeschichte gesprochen wird?

In der Berliner Untergrundbahn hängen Kellameplase für „Orionette, das raffige Motorrad“. Ich habe mich ebenso erachtet wie vergeblich bemüht, zu ergründen, in welchen Eigenschaften sich die Raffigkeit eines Motorrades ausdrücken soll. Will man diese Bezeichnung aber als berechtigt gelten lassen, so dürfte dem nächst wohl auch ein Segelboot, ein Landhaus, ein Sonnenschirm, ein Rinderaagen, schließlich auch eine Funfsherrine und sogar ihr Inhalt Anspruch auf die gleiche „Bemerkung“ haben.

Auf die Frage: „Was ist raffig?“ wäre demnach zu antworten: „Raffig“ ist ein neues Schlagwort, über das man ein „raffiges“ Feuilleton schreiben kann.

Das Kinderballett der Staatsoper wurde im Rahmen der Turn- und Sportwoche gelegentlich eines Gartenfestes bei Kraft zum erstenmal der Öffentlichkeit vorgeführt. Diese Kindergruppe ist die Keimzelle, aus der sich nach den Absichten des neuen Ballettmeisters Max Terpis das zukünftige Tänzertorps der Staatsoper entwickeln soll. Der Stil Labans und der Wigman gibt die Richtschnur für die Ausbildung. Daneben wird aber auch die alte Ballettschule nicht ganz vernachlässigt, denn das Institut, in dem Herr Terpis seine Reformen durchzuführen versucht, ist eben die Berliner Staatsoper, bei der Fortschritte nur im Stil der Ehiernacher Springprogramme — zwei Schritte vorwärts, einer rückwärts — gestattet sind. Für klares, mutiges Zielstreben ist hier kein Raum. Die losen gefügten Reigen der Kinder und die Produktion eines kleinen Solisten zeitweise in Anlehnung an Volksstänze, die sympathische Tendenz durch möglichst zwanglose rhythmische Schwünge und Sprünge die Körper frei und die Bewegungen leicht zu machen. Es waren richtige frühe Kindertänze, aus natürlichem Körpergefühl geboren, ohne merkbare Spuren von Drill und Dressur. Auf dieser Grundlage läßt sich weiterarbeiten, und wenn es Herrn Terpis gelingen wird, sein Künstlerensemble durch Engagements von Tänzern und Tänzerinnen aus dem Wigman- und Laban-Kreise zu regenerieren, so kann unsere Staatsoper in absehbarer Zeit eine Tanztruppe besitzen, die die mit Recht verurteilte Bezeichnung „Ballettlorps“ ablehnen darf. J. S.

Erstausführungen der Woche. Dienstag: Volkshäuser: „Die Kreuzschreiber“, Deutsches Opernhaus: „Ein Mädchen aus Alen“, Deutsches Theater: „Ruhstube“, 13. am Kurfürstendamm: „Ein Fechtmeister“. — Mittwoch: Kammertheater: „Die Freundin“, „Die Freundin“, „Die Freundin“. — Donnerstag: „Die Freundin“, „Die Freundin“, „Die Freundin“.

Marg-Denkmal in Moskau. In Moskau hat sich, wie der D.T.-Bericht meldet, ein Komitee gebildet, um die Errichtung eines Denkmals für Karl Marx zu betreiben. Das Denkmal soll auf dem Theaterplatz zur Erinnerung kommen und bis 1926 fertiggestellt sein.

Industrie und Micumverträge.

Verlängerung ausgeschlossen?

Genève, 28. Juni. (W.Z.) Zu den heute beginnenden Verhandlungen der Industrie mit der Micum erfährt die „Deutsche Bergwerkszeitung“, daß eine Einwilligung der deutschen Werkleiter in eine Verlängerung der Micum-Verträge gänzlich ausgeschlossen sei. Die Werke hätten ihre letzten Kredite verbraucht. Zur weiteren Verwirklichung des Restes der ihnen anvertrauten Kapitalien könnten die industriellen Führer unmöglich die Hand bieten. Die Verantwortung dafür, was aus dieser Situation entstehen werde, falle den Regierungen zu, da lediglich durch Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Regierung eine für die Industrie tragbare Regelung an Stelle der Micum-Verträge treten könne.

Paris, 28. Juni. (W.Z.) Zur Frage der Verlängerung der Micum-Verträge schreibt „Le Temps“ in einem Leitartikel, wie die gestern von Herriot verlesene Erklärung bekunde, habe die französische Regierung sich in der Tat der Ablehnung des deutschen Vorschlags angeschlossen. Dieser Beschluß sei in Brüssel gefaßt worden, und der belgische Vertreter in der Micum sei ihm sicher nicht fern. Die veröffentlichte französische Note gebe also nicht die persönliche Meinung irgendeines französischen Beamten wieder, und in der deutschen Presse werde zu Unrecht der Name eines Franzosen genannt, der auf diesem Gebiet die größten Kompetenzen und den weitesten Blick besitze. In Paris wünsche man übrigens, diesen Zwischenfall nicht tragisch zu nehmen. Zunächst halte man sich an die kategorische Versicherung, die der belgische Delegierte in der Micum gegeben habe, und er sei es, wie erinnerlich gewesen, der am 15. April die sofortige Erneuerung der Ruhrverträge für die gesamte zur Durchführung des Sachverständigenberichts erforderliche Zeit verhindert habe. Möge der englische Einfluß unangenehme Überraschungen verhindern! Die von Deutschland vorgeschlagene Finanzierung der Ruhrverträge mit Hilfe der im Sachverständigenprogramm aufgeführten Hilfsquellen scheine nicht die Zustimmung der englischen Regierung zu finden. „Le Temps“ schlägt dagegen vor, die Kohlenlieferungen aus den baren Einnahmen der Pfänder zu decken, und bemerkt weiter, allerdings werde eine derartige Regelung die belgischen Interessen in Mitleidenschaft ziehen, denn die belgischen Prioritäten würden ausschließlich aus den Barerträgen belgischer Güter der Befugung des Ruhrgebiets scheine jedoch Belgien 300 Millionen Goldmark erhalten zu haben, davon die Hälfte in bar. Es habe also auf Grund der Prioritäten nur noch annähernd 275 Millionen zu fordern. Seine Interessen dürften also durch die vorgeschlagene Lösung nicht ernstlich bedroht sein.

Mussolini soll zurücktreten!

Obstruktion der italienischen Opposition.

Mailand, 28. Juni. (W.Z.) In den Oppositionszeitungen wird betont, daß die Opposition nicht eher wieder an den Arbeiten der Kammer teilnehmen werde, als bis die Rationalmiliz abgeheftet sei und Recht und Ordnung wieder im Lande herrsche. Indirekt verlangt die Opposition auch den Rücktritt Mussolinis dadurch, daß sie ihn als Ministerpräsidenten und Minister des Innern politisch und parlamentarisch für die Ermordung Matteottis in erster Linie ausdrücklich verantwortlich macht und ihm jedes Vertrauen entzieht. Die Opposition will sich nicht an der neuen Regierung beteiligen, sondern überläßt den Faschisten, Nationalisten und Rechtsliberalen eine neue Regierungsbildung mit solchen Personen, die nicht kompromittiert seien. Die Opposition meint, daß schon aus Rücksicht auf die Verhandlungen mit dem Ausland eine Umbildung des Ministeriums nicht unangenehm werden könnte.

Dagegen versichert man in regierungsfreundlichen Kreisen, daß, wenn Mussolini nach der Umbildung seines Kabinetts die Kammer bis zum November in die Ferien schiebe und inzwischen der Rationalmiliz ihren Parteifaraktornehne und für Recht und Ordnung Sorge, die Popolari, die bedeutendste Partei der Opposition, es nicht wagen würden, den Arbeiten der Kammer fernzubleiben.

Faschistenterror trotz alledem!

Bologna, 28. Juni. (W.Z.) Der seit einigen Tagen vermisste Raffierer im Parteibureau der unitarischen Sozialisten erklärte nach seiner gestrigen Rückkehr, er sei auf dem Nachhausewege von mehreren verummumten Burchen überfallen, auf ein Auto geworfen, verschleppt und 48 Stunden lang in einem dunklen Verließ eingesperrt worden. Während der Inhaftierung sei er wiederholt nach Parteigeheimnissen ausgefragt worden. Nachdem man ihm 150 Lire, die er bei sich gehabt habe, abgenommen habe, sei er schließlich wieder mit verbundenen Augen in ein Auto geschleppt und auf offener Landstraße ausgelegt worden.

Rom, 28. Juni. (W.Z.) In Mailand wurde kurz nach Mitternacht ein Tramwayführer, der Mitglied der sozialistischen Arbeitskammer ist, von mehreren Personen überfallen und derartig geschlagen, daß er bald darauf starb. Zu diesem Zwischenfall bemerkt „Messaggero“: Regierungspartei und Nationalisten werden diese Banditen als Feinde der von der Regierung angestrebten nationalen Ausöhnung betrachten; eine gründliche und schnelle Säuberung tut not.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Oberstabschef in Hamburg.

Hamburg, 28. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Ortsgruppe Hamburg des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hielt am Freitag ihre Gründungsfeier ab. Die Ernst-Merkel-Halle, eine ungeheure Halle im Zoologischen Garten, war bis auf den letzten Platz gefüllt. Viele Laufende standen noch draußen auf der Straße. Diese Kundgebung war von so erhebender Größe und innerer Wucht, daß sie unübertroffen ist. Zwei Chöre und die Kapelle der Ordnungspolizei gaben der Kundgebung einen würdigen Rahmen. Bürgermeister Dr. Petersen begrüßte die Versammlung und fand auf dem Höhepunkt seiner Rede, den er so formulierte: „Wer Gewalt gegen die Verfassung anwenden will, der wird auf den Wiberstand stoßen, der in ihrem Geiste und in ihrer Kraft liegt.“ den überwältigenden Beifall der vielen Tausende. General Paul Poche hielt die im Mittelpunkt stehende Ansprache. In kräftiger Formulierung steigerte sich die Rede, die eine Abrechnung mit den Nationalisten und ein Appell für alle Republikaner zugleich war, zu dem hinreichenden Bekanntnis: „Wir wollen Regimenter und Brigaden zusammenschließen, die zur Republik und Verfassung wie ein Mann stehen!“ Bis ins letzte und fernste Dorf sollen sie die Farben Schwarz-Rot-Gold tragen. Wir wollen unter dem schwarz-rot-goldenen Banner treten, wollen es fest umfassen und in dem Geiste arbeiten, der in den drei Worten des Turniers ruht: „Freiheit, Einigkeit, Vaterland!“ Wie ein einziger Schwarm drang dann das Volk auf die Republik, das aus dem eisernen Willen geboren war, hinaus.

Um den § 218.

Ein menschliches Gericht.

Eine Atmosphäre wahrer Menschlichkeit herrscht im Saal. Vor-sitzender und Staatsanwalt führen von sich aus die stärksten Argumente für die Angeklagten ins Feld, — die sozialen Verhältnisse. Die Verteidiger scheinen hier überflüssig. Auf der Anklagebank sitzen sieben Frauen von 27 bis 41 Jahren, sieben von den 400 von dem Apotheker Heiser genannten Mitleidenden. Sie haben auf verschiedene Weise den Weg zu ihm gefunden: bald waren es Handzettel, die auf dem Potsdamer Platz verteilt wurden und den Weg in das Institut „Mutabor“ wiesen, bald waren es seine Vorträge, bald wieder kam ihnen der Beiseid von Frauen, die sich bereits der Hilfe Heisers bedient hatten. Es war nicht immer Heiser selbst, der die Behandlung vornahm: oft war es seine Frau und manchmal sogar nur der Gehilfe. Fünf von den Angeklagten sind Ehefrauen. Die eine, die eines Handwerkers, war bereits Mutter von fünf Kindern. Ihr Mann war lungenkrank aus dem Felde zurückgekehrt. Da wollte sie auf ein sechstes Kind verzichten, ging zu Heiser, und der half. Als er aber später im Gefängnis lag, da kam doch das sechste Kind — nun ist es vier Wochen alt und sitzt zusammen mit der Mutter auf der Anklagebank. — Eine andere erzkute sich schon zweier Kinder, eines zwölfjährigen Jungen und eines zehnjährigen Mädchens. Ihr Mann war im Felde gefallen. Nun fürchtete sie sich, der „Bräutigam“, von dem sie ein Kind unter dem Herzen spürte, würde sie verlassen, wenn er es erführe, und ging zu Heiser. — Der dritte, noch ein junges Ding — verweist sich auf der Anklagebank — hatte erst vor einem halben Jahr unter qualvollen Schmerzen, die drei Tage lang anhielten, ihr erstes Kind geboren und ging in ihrer Angst vor neuen Wehen zu Heiser. — Zwei von den Angeklagten sind ledig. Eine Kontoristin, die eine Mutter zu ernähren hatte, mußte nicht, was sie nun bei ihrem knappen Gehalt mit dem Kinde beginnen würde und ging ins Institut „Mutabor“. Die zweite, eine Bäckerin, war schwer geschlechtskrank und entschloß sich reichlich spät, den Volksfreund aufzusuchen. Allein dieser Fall ruft beim Sachverständigen, Professor Strachmann Zweifel hervor, ob hier nicht eine vollendete Abtreibung stattgefunden hat. In allen anderen Fällen findet er keine Anhaltspunkte dafür, daß die Frauen wirklich schwanger gewesen waren. Der Sachverständige war vom Bericht gefaselt, weil die Anklage vollendete Abtreibung behauptete, auf die Zuchthaus steht der Vorfallende wollte jedoch, daß die Geschlechtsüberzeugungen auf den Versuch hinausliefen. Auf Versuch oder steht die Mindeststrafe von sieben Wochen. Der Staatsanwalt schloß sich dem Sachverständigen an, forderte für jede Angeklagte nur drei Monate Gefängnis und plädierte auch für alle auf Bewährungsfrist. Das Gericht urteilte noch milder — es ließ sich sogar nicht durch den lungenkranken Ehemann die Stimmung verderben, der trotz größter Not und eigener Krankheit seine Frau mit dem sechsten Kinde besahert hatte und nun vor Gericht erklärte, daß das Unglück geschah, weil der Volksfreund Heiser im Gefängnis lag; auch nicht von einer der Angeklagten, die eine politische Rede vom Stapel ließ und u. a. meinte, gerade die heutige Verhandlung hätte die Ueberflüssigkeit des § 218 bewiesen. Das Gericht erkannte auf sieben Wochen Gefängnis und gab allen eine zweijährige Bewährungsfrist.

Alles in allem ein trauriger Auschnitt aus dem Leben, — Frauen, die nicht Mutter werden dürfen, weil die Not es ihnen nicht gestattet; Richter, die verurteilen müssen, weil ein hartes Gesetz der Not des Volkes nicht Rechnung trägt. Und doch war es erfreulich zu sehen, wie die Richter in diesem Falle der Not dieses Volkes nicht allein im Urteil, sondern in ihrem ganzen Verhalten

gegenüber den Angeklagten in jeder Weise gerecht wurden. Es war ein wahrhaft menschliches Gericht.

Heiße Kämpfe im Berliner Westen.

Man schreibt uns aus den westlichen Berliner Bezirken: Schon am 18. d. M. kündigte sich in Lichterfelde eine Bewegung an, als unsere Partei eine Protestkundgebung gegen die Paragraphen 218 und 219 veranstaltete. Es sprachen die Genossin Wegscheider, die Genossin Kunert und Genosse Dr. Kollwitz in vornehm sachlicher Weise als Arzt und Freund der gequälten Frauen über die Unhaltbarkeit dieser Zuchthausparagraphen. Die von Anfang an recht auf besuchte Versammlung wurde in ihrem Verlauf unliebsam gestört durch das späte Eindringen eines evangelischen Frauenvereins, dessen Mitglieder augenscheinlich hofften, sie würden Gelegenheit zu einem pharisäischen Aburteilen über die „unsittliche“ Sozialdemokratie finden. Es schien, als habe die Polizei von diesem geplanten Ueberfall gewußt; denn einige Beamte boien schon vor Beginn der Versammlung unfeinen Rednerinnen ihren Schutz an, dessen sie freilich nicht bedurften. Die Versammlung war von so tiefem Ernst und einer so absoluten Würde getragen, daß sie ohne Wistlung um 10 Uhr schloß. Es war keine Aussprache angetündigt und es meldete sich auch niemand zum Wort. Das verhängte Lichterfelder Vorortblättchen aber benutzte diese Gelegenheit, um den Sozialdemokraten etwas am Zeuge zu fassen, wobei es auf ein paar Verleumdungen mehr oder weniger nicht ankam. Denn im evangelischen Lager bereite man den Gegenschlag vor: Im Gottesdienst, in der Zeitung, durch Hauspropaganda war eine Gegenversammlung angekündigt, die den schwächlichen demagogischen Titel führte: „Soll das deutsche Volk durch die Verwüstung der öffentlichen Sittlichkeit und die Vernichtung von Mutterwürde und Mütterlichkeit noch tiefer sinken?“ und der antändigte, daß die sozialdemokratischen Referenten vom 18. Juni in der Diskussion zu Wort kommen würden. Ein Pfarrer, ein Arzt wollten sprechen, und Max Raurenbrecher gab sich dazu her, den Clou dieses Abends zu bilden, der wie ein Triumph vorbereitet war. Den ganzen verelendeten Mittelstand hatte die Geistlichkeit in die Versammlung befohlen; manches Hungergehit war da zu sehen, das nun den Dank für die empfangene Kleinrentnerhilfe durch Befämpfung unserer Genossen ableisten sollte. Aber es kam anders. Zwar war der Vorleser ein himmelsgewaltiger geistlicher Herr, gemöhnt, unwiderprohen über seine Schäflein zu herrschen. Aber als er es unseren Genossen unterlagte, zur Gehässigkeit zu sprechen, weil sie den geladenen Rednern unserer Partei eine Redezeit von einer Viertelstunde sichern wollten, da war er verloren; er konnte seinen Rednern keine Ruhe mehr schaffen. Weder Pastor Wegmann, der die Gelegenheit zu einer Hehe gegen die „sozialistische Reichsregierung“ benutzte, noch der gewaltige Max, der für jede abtreibende Frau als echter Gemütschicht die verdoppelte Zuchthausstrafe forderte, konnten sich Ruhe erzwingen. Nur dem Arzt, der nicht prosozierte, hörte man ruhig zu. Sehr merkwürdig mutete es uns an, als der Hauptmann der Lichterfelder Polizei in Zivil bei Zwischenrufen unserer Genossen ihnen mit zwangsweiser Entfernung aus dem Saal drohte. Etwa 25 Polizeibeamte „schützten“ die evangelische Versammlung, und erst als die Landtagsabgeordnete Ege den Offizier in seine Schranken verwies, ließ er der Versammlung ihren Lauf. Unsere Genossen erst schufen Ordnung. Und trotz ihrer kurzen Redezeit gelang es ihnen mühelos, der Radauerkommission wenigstens am Schluß noch sittliche Würde und ersten Inhalt zu geben. Moralisch und geistig waren unsere Genossen die Sieger im Kampf, der in stetig fortgeführt werden soll.

Die Nebenbuhler.

Blutige Eifersuchtsszene in der Lybener Straße.

Eine blutige Eifersuchtsszene, bei der der Ehemann durch seinen Nebenbuhler schwer verletzt wurde, spielte sich gestern abend in dem Hause Lybener Str. 115 ab.

Hier wohnte bei der Familie des 43 Jahre alten Schneidermeisters Otto Seehagen seit 14 Jahren ein 40 Jahre alter Ingenieur Wilhelm Redder als Untermieter, der schon seit 12 Jahren Beziehungen zu der Frau seines Wirtes unterhielt. Die Frau behauptete, daß sie mit ihrem Mann nicht mehr leben könne. Seehagen wühlte um diese Beziehungen, schritt aber bisher niemals entschieden ein. Erst in der letzten Zeit änderte er sein Verhalten. Er stieß Drohungen gegen seinen Untermieter aus und erklärte, daß er ihn aus dem Hause Hoffen werde, wenn auch als Leiche. Frau Seehagen fürchtete deshalb für ihren Geliebten und wollte ihn gestern abend von seiner Arbeitsstelle abholen, traf ihn aber nicht. Inzwischen kam es gegen 9 1/2 Uhr in der Wohnung zwischen Seehagen und Redder zu einem heftigen Aufruhr. Der Schneidermeister verbot dem Untermieter, ferner das gemeinsame Speisezimmer zu betreten, und forderte ihn auf, die Wohnung zu verlassen. Im Verlauf des Streites griff Redder zum Revolver und gab vier Schüsse auf den Ehemann ab. Zwei trafen ihn in die Brust, je einer in den Mund und in den Arm. Der Schwerverletzte brach blutüberströmt zusammen. Auf das Geschrei der Kinder und die Schreie eilten Hausbewohner herbei. Sie fanden keinen Einlaß, weil die Tür von innen verschlossen war, und riefen das Ueberwachkommando und die Feuerwehr. Der Schwerverletzte wurde nach dem Lazarusstrankehause gebracht und Redder verhaftet. Der Verhaftete behauptete, daß er in der Notwehr gehandelt habe. Er habe gesehen, daß Seehagen in die Tasche gegriffen habe, und angenommen, daß er einen Revolver habe ziehen wollen. In dieser Befürchtung habe er ihm mit der Schußwaffe zuvorkommen wollen.

Gewitteralarm der Feuerwehr.

Die Berliner Feuerwehr hatte am Freitag abend und in der vergangenen Nacht abermals ununterbrochen zu tun. Der Monat Juni wird seinen mehr als tausend Alarmierungen und seinem katastrophalen Unwetter wird in der Chronik der Feuerwehr einen außergewöhnlich umfangreichen Raum einnehmen. Gestern abend folgte während mehrerer Gewitter, die von Westen, Süden und in der Nacht von Nordosten sich über Berlin zusammenballten, Alarm auf Alarm. Die Straßen und Plätze standen wieder unter Wasser. Ueberall wurden Menschen und Vieh in die Straßen und Plätze geschlagen u. a. aus der Wassertrichter, 1. Verdnistr. 10, Jekheider Str. 126. Westfälische Str. 2, Kaiserstr. 47, wo an sämtlichen Stellen Straßenbahnmoisten und Schattkästen getroffen waren. Burgstr. 20 drohte ein Schornstein einzufallen. Die Feuerwehr beseitigte diese Gefahr. In der Auguststr. 65 in Wilmersdorf mußte die Wehr das abgerissene Blech eines Turmes vom Dache entfernen lassen. „Mittelfeuer“ wurde aus der Doffstr. 14 in Schildhorn gabelt, weshalb 6 Jüge ausrückten. Dort waren nachts in einem Verstandraum der dortigen Chemischen Fabrikwerkstatt Wasserperoxydabfetten in Brand geraten. Auch hier konnte die Gefahr schnell beseitigt werden.

Waffensuche in einer völkischen Versammlung.

In einer Versammlung der Nationalsozialistischen Freiheitspartei in den Spornhöfen in der Müllerstraße kam es am gestrigen Freitagabend zu erregten Szenen. Schon während der Ausführungen des Referenten fiel plötzlich der Ruf: „Es sind Schusswaffen im Saal.“ Die Erregung steigerte sich, als dann in der Diskussion ein junger Kommunist das Wort ergriff. Schließlich wurde vom Vorsitzenden verlangt, daß er eine Durchsuchung der Anwesenden nach Waffen veranlassen möge. Dieser Forderung wurde auch entsprochen und die Schutzpolizei benachrichtigt, die dann nach Schluß der Versammlung am Sachverständigen eine Leibensrevision der Versammlungsteilnehmer vornahm. Dabei stellte es sich heraus, daß

8 Personen im Besitze von Gummitruppen waren, während ein Versammlungsteilnehmer einen Revolver in der Tasche hatte. Die Waffen wurden beschlagnahmt und die Personalsachen ihren Träger festgestellt. Es handelt sich dabei, wie wir von zuständigen Seite erfahren, durchweg um Angehörige der nationalsozialistischen Bewegung.

Die Hochbahn im Jahre 1923.

Die Hoch- und Untergrundbahn veröffentlicht ihren Jahresbericht für das Jahr 1923. Wie bei allen Jahresabslüssen aus der Zeit der Inflation, sind die Bilanzziffern für 1923 zur Beurteilung des Geschäftsganges kaum von Wert. Erst eine Goldrechnungsbilanz würde klaren Einblick geben. Gegenüber einem Aktienkapital von 165 Millionen Mark, das an der Börse zurzeit mit durchschnittlich 40 Proz. bewertet wird, sind Anlagen, Betriebs- und Werkstätten usw. in der Bilanz vom 31. Dezember mit rund 130 000 Mark zu Buch geschrieben. Ferner findet sich unter der Bezeichnung „Wertpapiere und Beteiligungen“ ein Posten von 253 000 Mark. Da die Hochbahn allein mindestens 40 Proz. der Abzugs-Aktien, die die Börse zurzeit mit rund 13 Millionen Mark bewertet, besitzt, so geht auch aus dieser Position hervor, daß die Gesellschaft ihre Bilanz nach wie vor vorsichtig aufstellt. Aus den Verkehrsziffern des verfloffenen Jahres ist von Interesse, daß die sonst bei der Untergrundbahn regelmäßig auftretende Verminderung des Verkehrs in den Sommermonaten im verfloffenen Jahre nicht zu beobachten war. Das hängt offenbar mit dem Einschumpfen des Straßenbahnverkehrs im vergangenen Sommer zusammen. Die höchste Verkehrsziffer ist im September mit 15 1/2 Millionen Fahrgästen erreicht. Im Durchschnitt stellt sich der Tagesverkehr auf 465 000 Fahrgäste.

Neues Leben im Freibad Wannsee.

Das Freibad Wannsee, das am 1. April d. J. in städtische Verwaltung übergegangen ist, wird jetzt einer Erneuerung unterzogen. Die Badverwaltung teilt uns mit, daß der Badbetrieb trotz der Erneuerungsarbeiten ungestört weitergeht. Sie ist bemüht, dafür zu sorgen, daß Freibad Wannsee eine gern aufgesuchte Erholungsstätte der Berliner bleibt. Der Eintrittspreis ist in niedrig wie nur irgend möglich gehalten. Er beträgt für Erwachsene 10 Pfennig, für Kinder 5 Pfennig. Schulklassen in Begleitung ihrer Lehrer haben ganz freien Eintritt.

Das heutige Riesengebiet im Grunewald ist wegen der ungünstigen Witterung auf nächsten Sonnabend verschoben worden. Die Eintrittskarten behalten ihre Gültigkeit.

Hammel-Gefleisch. In unserer Notiz „Vom städtischen Fleischverkauf“ in der Mittwoch-Morgenausgabe, in der darüber geklagt wird, daß die städtischen Fleischverkaufsstellen ein Hammelfleisch führen, wird uns aus Genossenschaftskreisen mitgeteilt, daß die sechs Fleischverkaufsstellen der Konsumgenossenschaft seit langer Zeit Hammelfleisch führen. Es ist Gefleisch erster Qualität und gelangt zu außerordentlich billigen Preisen zur Abgabe. Die Fleischverkaufsstellen der Konsumgenossenschaft haben sich sehr gut entwickelt, ein Beweis dafür, daß die Ansprüche des fleischverbrauchenden Publikums in jeder Weise befriedigt worden sind.

Großfeuer in einer Steffiner Brennerei. Gestern brach in der Brennerei und Spiritfabrik Defore & Co., Steffin, ein großes Feuer aus. Die gesamte Steffiner Feuerwehr erschien an der Brandstätte um den Brand zu besänftigen. Das Dacheisoch und das oberste Stöckwerk brannten vollkommen aus. Das Feuer vernichtete viele tausend Zentner Getreide.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend: Etwas wärmer, wechsellnd demüßt ohne erhebliche Niederschläge, mögliche nach Südwesten zurückdringende Winde. Deutschland: In ganz Deutschland Temperaturen in mittlerer Höhe. Im Süden und in den mittleren Landesteilen meist trocken, in Nordwesten und Osten etwas Regen.

